

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL



**Zehntes bundesweites
Netzwerktreffen
Bürgerhaushalt
1. und 2. Oktober 2014**

Dokumentation

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr. 69

Impressum

Herausgeberin:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

In Kooperation mit:



Abteilung Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-389
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 69
Projektleitung: Christian Bürger
Texte: Eva Roeder
Redaktion: Christian Bürger, Svetlana Alenitskaya (bpb)
Fotos: Martin Magunia

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert Design
Druck: Appel & Klinger Druck und Medien GmbH
100 % Recyclingpapier, Circlematt White
Druck mit mineralölfreien Farben

Bonn, Februar 2015

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung von Mann und Frau gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Bei allen weiblichen Bezeichnungen sind selbstverständlich die Männer gleichermaßen angesprochen (und umgekehrt).

Zehntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt 1. und 2. Oktober 2014

Dokumentation



Gruppenbild: Netzwerk Bürgerhaushalt auf dem Netzwerktreffen 2014

Inhalt

1. Einleitung	6
Begrüßung von Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)	6
Begrüßung von Svetlana Alenitskaya, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)	7
Begrüßung von Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt.....	8
2. Streitgespräch mit Imke Jung-Kroh und Johannes Fulgraff	10
3. Vertiefung in den Arbeitsgruppen	14
Arbeitsgruppe 1: Zehn Jahre Bürger- und Beteiligungshaushalte in Deutschland: Was hat es den Kommunen gebracht?	14
Arbeitsgruppe 2: Wie werden Bürgerhaushalte zu informativen, kommunikativen und kooperativen Beteiligungsverfahren? Das Beispiel Stuttgart	15
Arbeitsgruppe 3: Wie werden Bürgerhaushalte zu informativen, kommunikativen und kooperativen Beteiligungsverfahren? Das Beispiel Darmstadt	16
Arbeitsgruppe 4: Bürgerhaushalte und Qualitätsstandards guter Bürgerbeteiligung.....	17
Arbeitsgruppe 5: Der Bürgerhaushalt ist tot ... es lebe der Bürgerhaushalt!? – ein Workshop zur Neuerfindung der Bürgerbeteiligung am kommunalen Haushalt.....	19
Arbeitsgruppe 6: Das Mühlheimer Modell	20

4. Plenumsdiskussion: Perspektiven für die Zukunft.....	22
5. Einführung in den zweiten Tag des Netzwerktreffens	24
Fallbeispiel: Pilotierung von Bürgerhaushalten in den palästinensischen Gebieten	24
6. Vertiefung in den Arbeitsgruppen	27
Arbeitsgruppe 1:	
Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Austausches am Beispiel Peru.....	27
Arbeitsgruppe 2:	
Zukunftsszenarien „Bürgerhaushalt“ – ein methodisches Experiment	28
Arbeitsgruppe 3:	
Potenziale für Kooperation und Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt	29
Arbeitsgruppe 4:	
Konzeptionelle Entwicklung eines Bürgerhaushaltes unter Beteiligung der Bürgerschaft am Beispiel der Stadt Emden	30
7. Abschluss und Ausblick auf das nächste Treffen.....	32
8. Anhang.....	33
Programm	33
Teilnehmendenliste	34
Glossar	36

1. Einleitung



Moderatorin Anja Söger

Das Netzwerk Bürgerhaushalt feiert sein zehnjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass lud die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Stadt Darmstadt die Mitglieder des Netzwerks am 1. und 2. Oktober 2014 in die Wissenschaftsstadt ein, um die Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren kritisch zu beleuchten. Die rund 60 Teilnehmenden aus dem Netzwerk Bürgerhaushalt zogen in mehreren Workshops Bilanz und diskutierten die wichtigsten Herausforderungen sowie Perspektiven für die Zukunft. Neben den vielfältigen Vernetzungsmöglichkeiten ermöglichte eine Delegation von Gästen aus palästinensischen Kommunen den internationalen Dialog und Austausch. Die Moderatorin Anja Söger führte die Teilnehmenden durch das Programm.

Begrüßung von Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jochen Partsch, sehr geehrte Bürgermeister aus den palästinensischen Gebieten, liebe Teilnehmende, liebe Kolleginnen und Kollegen,



Dr. Stefan Wilhelmy

im Namen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global gGmbH möchte ich Sie herzlich willkommen heißen hier im Darmstadtium zu unserem **zehnten Netzwerktreffen**, was für uns alle eine große Freude ist. Ich möchte mich bei unserem Gastgeber, der Stadt Darmstadt bedanken, dass sie uns so hervorragend bei der Vorbereitung dieser Veranstaltung unterstützt hat. Besonderer Dank gilt dabei vor allem Frau Imke Jung-Kroh für ihr Engagement und dass sie unseren Gästen aus Palästina bereits in den letzten Tagen einen freundlichen Empfang und interessanten Aufenthalt bereitet hat. Zudem möchte ich mich bei denjenigen bedanken, die sich bereit erklärt haben, auf diesem Treffen einen Workshop zu leiten. Dies zeigt, wie lebendig dieses Netzwerk ist.

Das Netzwerktreffen ist zusammen mit der Webseite **www.buergerhaushalt.org** zu einer richtungsweisenden Referenz für Bürgerhaushalte im deutschsprachigen Raum geworden. Nicht nur weil hier Beiträge zur aktuellen Debatte geleistet werden, sondern weil sich auch konkrete Ideen entwickelt haben, wie z. B.

im Jahr 2013 das Bürgerhaushalt-Barometer, das zur Evaluation und Verbesserung von Bürgerhaushalten in Deutschland dient¹. Der Bundeszentrale für politische Bildung möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich für die langjährige und enge Kooperation danken.

Die Internationale Gemeinschaft wird sich im Jahr 2015 **neue globale Nachhaltigkeitsziele** setzen. Die Kommunen spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele. Die große Transformation hin zu globaler Nachhaltigkeit kann nur zusammen mit ihnen und auch den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Gerade im Kontext der internationalen Bestrebungen für Kommunale Entwicklungspolitik wird das Thema Beteiligung und Bürgerhaushalte interessant und wichtig sein. Deswegen bin ich gespannt auf die Diskussion und die Erfahrungen, die Sie mit uns teilen werden.

Wichtig dabei ist: **Bürgerbeteiligung muss ernst gemeint sein** und gut gemacht werden. Während Agenda-Gruppen bislang häufig über Fahrradwege diskutieren, geht es in der Politik auch um andere Dimensionen, wie z. B. Flughäfen. Dies hat im Rahmen des Mandats sicherlich auch seine Berechtigung, dennoch werden hier partizipative Prozesse oft sehr kritisch beurteilt. So bedarf es auch Mut, etwas loszulassen und Bürgerinnen beteiligen zu wollen. Dies ist auch eine Lernerfahrung aus dem Bürgerhaushalt: Er darf nicht als Spielwiese gesehen und auch nicht zum Feigenblatt für die Kommunalpolitik werden. Deswegen wollen wir bei diesem Treffen sowohl zurück als auch nach vorne blicken. Wie wird es weitergehen, wie sollten Bürgerhaushalte neu gedacht werden, wie können sie zu ernst genommenen Instrumenten werden? Wir wollen dabei auch über den Tellerrand hinausblicken. Unter dem Stichwort „Vom Süden lernen“ fördert die SKEW heute **den internationalen Erfahrungs- und Lernaustausch im Rahmen von Kommunalen Partnerschaften**. So freue ich mich sehr,

dass die Gäste aus den palästinensischen Gebieten bei uns sind und auf den Austausch darüber, wie wir voneinander lernen können.

Beteiligungsverfahren erfordern Mut von allen Beteiligten für offene Diskussion und in der Umsetzung. In diesem Sinne wünsche ich eine spannende Diskussion, viel Erfolg und gutes Gelingen. Vielen Dank!

Begrüßung von Svetlana Alenitskaya, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung!



Svetlana Alenitskaya

Die bpb ist über das Pilotprojekt in Berlin-Lichtenberg im Jahr 2003 in das Thema Bürgerhaushalte eingestiegen und seitdem mit dem Thema verbunden. Seit 2007 gibt es die Internetplattform www.buergerhaushalt.org und wir beteiligen uns aktiv an den jährlichen Netzwerktreffen. Seit sieben Jahren blüht unsere sehr gute Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, wofür ich mich herzlich bedanken möchte. Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

¹ <http://barometer.buergerhaushalt.org>

Vor sieben Jahren, als wir in die Kooperation eingestiegen sind, waren wir stolz darauf, über 30 Kommunen (mit mehr als 10.000 Einwohnern) erfasst zu haben. Der aktuelle Statusbericht (Juni 2014) zeigt, dass sich **inzwischen fast 300 Kommunen** mit dem Thema beschäftigt haben und mehr als 100 Kommunen aktiv dabei sind. Dies ist ein gutes Ergebnis und zeigt, dass das Thema in Deutschland längst kein unbekanntes Terrain ist. Wir hoffen, dass unser Informationsportal **www.buergerhaushalt.org** auch seinen Beitrag dazu geleistet hat. Danke an dieser Stelle an das Redaktionsteam von Zebralog, das in unserem gemeinsamen Auftrag die Webseite betreut.

Für uns ist die Bürgerbeteiligung sehr wichtig; ohne sie können wir Projekte nicht mehr denken oder planen. Das bezieht sich auch auf das Netzwerk. Auf Ihren Wunsch hin haben wir uns mit dem Thema Evaluierung beschäftigt und zusammen mit einer Arbeitsgruppe ein **Barometer zur Bewertung des Bürgerhaushaltes** in Ihrer Stadt entwickelt. Auch weiterhin möchten wir Ihre Ideen und Wünsche in die Gestaltung des Netzwerkes einbeziehen und es mit Leben füllen. Deswegen geht die Frage an Sie: Wie soll es im Jahr 2015 weitergehen? Was passiert mit dem Netzwerk und der Internetseite? Wie können wir Sie als Projektträger unterstützen?

Vielen Dank an alle für Ihr Kommen und die Mitwirkung an diesem Netzwerktreffen. Vielen Dank an die Kooperationspartner und Gäste aus dem Ausland, an den Oberbürgermeister Herrn Jochen Partsch und die Moderatorin Anja Söger.

Begrüßung von Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich hier im Kongresszentrum Darmstadtium. Es freut mich, dass das zehnte Netzwerktreffen in Darmstadt stattfindet. Es ist ein guter Ort, weil Bürgerbeteiligung für uns eine **wichtige Herausforderung und ein zentrales Handlungsfeld** der Kommunalpolitik ist.



Jochen Partsch

Der französische Historiker Pierre Rosanvallon beschäftigt sich in seinem Buch „Counter Democracy“ mit den Problemlagen in der modernen Demokratie. Denn Bürgerbeteiligung hat durchaus ein Janusgesicht und stärkt nicht immer die Demokratie. So beschreibt er drei gegendemokratische Manifestationen: Bürgerinnen sehen ihre Rolle bei politischen und demokratischen Fragestellungen darin, 1) Politik zu überwachen und zu kontrollieren, 2) politische Entscheidungen und Prozesse präventiv anzuprangern sowie mit zivilen Widerstand dagegen vorzugehen und 3) in gerichtliche Auseinandersetzung zu gehen, wenn politische Entscheidungen gefallen sind. Dies ist eine sehr pessimistische Betrachtung der Wirklichkeit unserer Demokratie, die darin gipfelt, dass die engagierte Bürgerin, die sich gegen bestimmte Projekte wendet, wichtiger wird als der Wahlbürger, der mit seiner Wahlentscheidung einer Mehrheit sein Vertrauen

schenkt. Was bedeutet es, wenn die parlamentarische Demokratie einen dramatischen Vertrauensverlust erleidet? Der Göttinger Politologe Franz Walter spricht in seinem Buch „Die neue Macht der Bürger“ von einer Misstrauensgesellschaft, die unterschiedliche Ursachen hat: Wir haben es immer noch mit massiven Ungleichverteilungen von Reichtum zu tun. Auch in Darmstadt gibt es soziale Brennpunkte und Stadtquartiere, wo sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben im Vergleich geringer sind. Soziologinnen sprechen von einer Entbindung von Bevölkerungsschichten, die nicht von Politik erreicht werden, sich zurückziehen und keinerlei Kontakt haben zu den Diskussionen in der Politik und Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es aber auch einkommens- und bildungsstarke Schichten, die sich v. a. in der Kritik der politisch Handelnden wiederfinden. Dadurch entsteht eine Zangenbewegung, was die Krise der parlamentarischen Demokratie angeht. Es ist die große Aufgabe, dass einerseits Menschen, die aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Bildungschancen geringere Möglichkeiten der Teilhabe haben, sich wieder engagieren, und andererseits die meinungs- und bildungsstarken Schichten sich nicht nur in der Kritik an der politischen Institutionenlandschaft gefallen, sondern auch in der Mitwirkung.

In Darmstadt gibt es verschiedene Maßnahmen, u. a. auch die **Leitlinien der Bürgerbeteiligung**. Diese sind bewusst darauf bezogen, die Teilhabe von verschiedenen Menschen zu fördern. Zusammen mit der Gemeinwesenarbeit und dem Ausländerbeirat organisieren wir Veranstaltungen, um Menschen zu aktivieren, die ansonsten nicht zu den Versammlungen des Bürgerhaushalts kommen würden. Beim Bürgerhaushalt geht es uns auch darum, zwischen den Wahlen **Vorschläge und Ideen** einbringen zu können und wirksam werden zu lassen. Die höchst bewerteten Vorschläge werden entweder direkt angenommen (z. B. EDV-Ausstattung in Schulen) oder in den politischen Prozess eingegeben. So sind sie Gegenstand der politischen Debatte in der Stadtverordnetenversammlung

und nicht nur in der Schublade als Gegenstand einer Alibiveranstaltung zur Scheinbeteiligung versunken.

Ulrich Beck warnte in den Neunzigern in der Schrift „Erfindung des Politischen“ vor politischen Institutionen, die zu Zombie-Institutionen werden; die also eigentlich schon tot sind, aber nicht sterben können. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um lebendige Institutionen zu schaffen, die keine „Scheinkümmerei“ betreiben oder eine „marktkonforme Fassadendemokratie“ bilden. Wir wollen eine **Demokratie für alle Bürgerinnen**, in der nicht nur meinungs-, bildungs- oder finanzstarke Gruppen die Bürgerbeteiligung ausnutzen, um Andere noch weiter abzuhängen. Dann führt Bürgerbeteiligung nicht zu einer Stärkung der Demokratie, sondern zu einer Schwächung derselben und gleichzeitig zu einer Stärkung von elitären Entscheidungsprozessen und Entscheidungsmustern.

Wie können wir wieder Vertrauen in die Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit unserer Demokratie schaffen und die bewährten Formen der repräsentativen Demokratie erweitern? Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und eine anregende Diskussion zu diesem wichtigen Thema!

2. Streitgespräch mit Imke Jung-Kroh und Johannes Fulgraff

Anja Söger moderiert ein Streitgespräch zum Thema „10-Jahresbilanz Bürger- und Beteiligungshaushalt: Kritischer Rückblick vor dem Hintergrund der Partizipationsbestrebungen in Deutschland: Wie geht es weiter?“

Imke Jung-Kroh ist seit 2012 Bürgerbeauftragte der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie berät in dieser Funktion die Stadt zum Thema Bürgerbeteiligung und arbeitet am Konzept zum Bürgerhaushalt.

Johannes Fulgraff konzipiert und moderiert seit über 15 Jahren Bürgerbeteiligungsprozesse zur Ziel- und Strategieentwicklung in Kommunen sowie Partizipationsprozesse im Rahmen der Organisationsentwicklung für Verwaltungen und Verbände.



Streitgespräch mit Imke Jung-Kroh und Johannes Fulgraff

Frau Jung-Kroh, Herr Fulgraff, wie sieht Ihre Bilanz zum Thema Bürgerhaushalt aus?

Imke Jung-Kroh: Danke, ich freue mich sehr, dass wir uns in Darmstadt treffen. Wir haben sehr klein angefangen und uns Stück für Stück vorgearbeitet. Nach drei Jahren ist es ein guter Zeitpunkt, um eine Bilanz zu ziehen und zu fragen, wie es weitergehen soll. Unsere Bilanz ist zunächst dank der Verdreifachung der aktiven Bürgerinnen sehr erfreulich. Zudem halten wir das Thema in der Politik, was ein notwendiger Faktor ist und Mut zum Weitermachen gibt.

Johannes Fulgraff: Ich beschäftige mich mit dem Thema Beteiligung seit vielen Jahren und meine provokative These ist, dass Bürgerhaushalte tot sind. Für mich sind sie inzwischen ein Tool der **Scheindemokratie**, da sie meist nur einen kleinen Teil eines großen Gebildes betreffen und den – eigentlich entscheidenden – Rest nicht anrühren. Das ist meiner Meinung nach nicht stimmig. Mein Plädoyer ist deshalb, dass die **qualifizierte Bürgerbeteiligung** zur Rahmenentwicklung in Kommunen wieder mehr zum Tragen kommen soll und dies zur Grundlage für die Haushaltsentwicklung genommen wird.

Imke Jung-Kroh: Meiner Meinung nach nimmt der Bürgerhaushalt gerade Schwung auf. Aber wir müssen uns natürlich immer fragen, wie er sich weiterentwickeln kann, damit er sich nicht totläuft. Eine einfache Wiederholung würde sicher nicht funktionieren. Aber unsere Erfahrung ist, dass er gerade durch die **Weiterentwicklung** anfängt zu leben. Wir setzen uns hin und überlegen, welche Spielregeln wir verändern, welche Möglichkeiten wir schaffen müssen, damit das Verfahren über das reine Vorschlagswesen hinausgeht. Wir bieten dazu Workshops an, zu denen wir proaktiv alle Fraktionen einladen und transportieren dies auch an die Zivilgesellschaft und die aktiven Bürgerinnen. Uns reicht es nicht, lediglich den standardisierten Bürgerhaushalt einzusetzen, sondern wir setzen auf **proaktive Elemente**. Wir organisieren verschiedene Aktionen (Frauenfrühstück, Stadtteilrunden), arbeiten mit dem Ausländerbeirat und Multiplikatorinnen zusammen und versuchen dadurch, den Bürgerhaushalt zu einem **kooperativen Verfahren** weiterzuentwickeln.

Johannes Fulgraff: Das finde ich auch sehr lobenswert, möchte den Blick aber stärker auf das gesamte System lenken: Bürgerhaushalte in der jetzigen Form können vielleicht ein wenig die Transparenz erhöhen, aber nicht strukturelle bzw. systemische Probleme lösen – und darum geht es! Wenn wir ein strukturelles

Haushaltsdefizit haben, dann können wir die Strukturen in der Bearbeitung des Haushalts nicht außer Acht lassen. Damit verknüpft ist die Frage, in **welcher Tiefe und mit welcher Relevanz** sich die Bürgerinnen beteiligen können: Die Themen hinter dem Haushalt sind andere, als die, die im Bürgerhaushalt aufkommen. Eigentlich müssten wir an die **Pflichtausgaben** ran. Der Bürgerhaushalt wäre dann ein Ergebnis eines Prozesses, bei dem allen Beteiligten insgesamt klar ist, wofür wir Geld ausgeben.



Imke Jung-Kroh

Imke Jung-Kroh: Ich denke, dass Spar-Bürgerhaushalte mit dem Anspruch der Haushaltskonsolidierung kaum mehr existieren. Meiner Meinung nach ist es den Menschen wichtig, dass sie überhaupt ein **Thema auf die politische Agenda bringen** können, das in die politische Beratung einzieht. Unser Grundverständnis ist ein anderes: Wir wollen die repräsentative Demokratie durch gute ausgewogene Beteiligungsmöglichkeiten ergänzen, die das Vertrauen in der Bürgerschaft aufbauen, indem Themen diskutiert werden und im Idealfall auch etwas passiert. Die Pflichtleistungen klammern wir bewusst aus, weil wir die Bürgerinnen und Bürger dann beteiligen wollen, wenn wir einen Gestaltungsspielraum haben. Dies ist eher bei den freiwilligen Leistungen der Fall. Sonst ergibt es keinen Sinn und weckt falsche Erwartungen. Ich gebe Ihnen Recht, dass die Komplexität bei dem Thema extrem hoch ist, aber allein der Versuch, den Haushalt zu erläutern, ist wichtig.

Stellen Sie sich vor, Sie hätten drei Wünsche frei. Was müsste passieren, damit der Bürgerhaushalt erfolgreich sein kann?



Johannes Fulgraff

Johannes Fulgraff: Die politischen Akteure sollten den Mut haben, die wichtigen Themen – also die strukturellen Themen – anzugehen, damit sich wirklich etwas verändert. Zweitens sollten mehr die vorhandenen **guten Beispiele kopiert** werden, wo beispielsweise auch Pflichtausgaben strukturell verändert wurden (z. B. Dormagen, Düren). Drittens, und das ist das Entscheidende, wünsche ich den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie sich in ihrer Kommune in einer qualifizierten, umfassenden und politisch relevanten – spricht nachhaltig wirksamen – Bürgerbeteiligung zu den **Eckwerten und Leitbildern der Entwicklung** wiederfinden.

Imke Jung-Kroh: Mein erster Wunsch wäre die Ausweitung von Gesprächsrunden in allen Stadtquartieren, bei denen sich auch die Stadtverordneten und Dezerentinnen zeigen und mitreden. Mein zweiter Wunsch wäre, dass die **kooperative Beteiligung stärker gelebt** wird und sich die Akteure darin ernst nehmen. Drittens wünsche ich mir, dass wir die Möglichkeiten von Budgets nochmal genauer beleuchten.

Die Diskussionsrunde wird eröffnet für Fragen aus dem Publikum.

Herr Fulgraff, was wären denn Modelle oder Ansätze, die Sie gutheißen würden?

Johannes Fulgraff: Wir brauchen keine Rezepte oder Tools, sondern Klarheit über die **strategische Entwicklung einer Kommune**. Wir brauchen keine neuen Methoden, sondern eine neue Qualität in der Diskussion und ein neues Denken, um die strukturellen Probleme anzugehen! Der Blick sollte auf die Pflichtausgaben gerichtet werden. Bildung, Umwelt, Energie, Verkehr und Infrastruktur sind z. B. kommunale Themen, die wir nicht weiter ausklammern dürfen.

Imke Jung-Kroh: Hier möchte ich gerne etwas gegenhalten. Haushaltskonsolidierung spielt bei uns eine große Rolle: Im Jahr 2016 wird Darmstadt einen ausgeglichenen Haushalt haben. Aber es ist wichtig, die Sensibilität dafür herzustellen, wie es um die finanzielle Situation steht und warum es bestimmte Schwerpunkte gibt. Diese Diskussion wird bei uns geführt, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Bürgerhaushaltsverfahrens. Aber Bürgerhaushalte sollten nicht damit überfrachtet werden, die Haushaltskonsolidierung zu vollbringen, sondern für die Bürgerinnen den Anstoß in die Diskussion geben. Viele sprechen das erste Mal über den Haushalt!

Johannes Fulgraff: Ich möchte nochmal betonen, dass ich Bürgerbeteiligung gut finde. Das Informieren ist wichtig. Das Diskutieren, das Beteiligen und Verstehen sind aber ganz andere Dimensionen und Qualitäten. Dafür sind viele Instrumente gar nicht geeignet und werden deshalb die Probleme nicht lösen.

Wie schaffen Sie es, den Bürgerinnen zu vermitteln, wie Budgets gesteuert werden?

Imke Jung-Kroh: Es gibt dafür kein Rezept. Es gibt viel Verständnis, dass nicht alle Dinge weiterlaufen können wie bisher. Wir versuchen zu vermitteln, dass es um die

Spielräume und die Erhaltung derselben geht. Je eher der Haushalt ausgeglichen ist, desto mehr können diese genutzt werden. Die Schwerpunktsetzung ist dabei wichtig sowie die regelmäßige Diskussion dazu, und zwar nicht nur in Versammlungen, sondern auch direkt in den Stadtteilen und Quartieren, wo sich auch die Dezernentinnen zeigen und zu ihren Themen sprechen.

Johannes Fulgraff: Meiner Meinung nach sind die Bürgerinnen und Bürger nicht für die Kennzahlen zuständig, zumal das ja auch nur die wenigsten gewählten Stadträte verstehen. Mir geht es darum, den Hebel anders zu setzen: Über Bürgerbeteiligung zu strategischen Zielen kann ja auch ein Bürgerhaushalt rauskommen, bei dem sich die Menschen wiederfinden.

Kommentar aus dem Publikum: Vielleicht liegt der Grundfehler in der Überfrachtung des Instruments. Der Bürgerhaushalt kann nicht alle Probleme lösen, wie die geringe Wahlbeteiligung, die Nichtbeteiligung von bestimmten Bevölkerungsgruppen oder die ungedeckten Haushalte. Wir sollten dem Instrument zugestehen, dass es ein Einstieg in Bürgerbeteiligungsverfahren ist, dass es entwicklungsfähig ist, und dass dadurch alle Akteure (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft) von, über und miteinander lernen können.

Imke Jung-Kroh: Diese Auffassung teile ich. Wir haben damals den Bürgerhaushalt nicht partizipativ gestaltet, holen das aber jetzt nach. Damit möchte ich auch anderen Mut machen. Im Verlauf lässt sich das Verfahren nachjustieren, aber es ist gefährlich, am Anfang die Ziele zu hoch zu stecken. Auch die Grenzen des Bürgerhaushaltes diskutieren wir zusammen mit den Bürgerinnen. Bürgerhaushalte können gute Formen der Beteiligung sein, aber wir brauchen noch mehr.

Johannes Fulgraff: Stimmt, aber das ist mit den handelnden Akteuren schwierig, wir brauchen entschlossenes Anpacken! Ich finde, wir können die Ziele gar nicht hoch genug stecken! Wir sollten die Politik dabei unterstützen, stärker die Rolle der

Verwaltungschefs einzunehmen. Hierfür müssen wir auch die entsprechenden Kompetenzen aufbauen.

Wie kann der Bürgerhaushalt das Problem der Haushaltsdefizite lösen?

Imke Jung-Kroh: Das ist ganz schwer, weil es in Darmstadt wenige Sparvorschläge gibt. Das ist aber für uns auch gar nicht das Ziel. Ich bin da eher skeptisch.

Johannes Fulgraff: In der vorhandenen Form ist der Bürgerhaushalt dafür nicht geeignet. Aber wenn kommunale Themen diskutiert werden, die auch den Pflichtbereich betreffen, und Ideen auf die politische Agenda gesetzt werden können, die dafür geeignet sind, strukturelle Defizite abzubauen, dann ist das ein Weg; dann steht zum Beispiel die Verwaltung im Fokus, d. h. die Anzahl der Mitarbeiterinnen, deren Effektivität und Effizienz, die Prozesse, die städtische Aus- und Vergabepraxis etc. Auch wird diskutiert werden: Wofür wird Geld ausgegeben oder „verschwendet“? Welche Qualität brauchen kommunale Leistungen? Woher bekommen wir neue Einnahmen und die Akzeptanz dafür?

Wenn wir strukturelle Fragen angehen, kann Bürgerbeteiligung auch ein strukturelles Defizit bearbeiten und beheben helfen. Es ließe sich sogar vermuten, dass es einzig und allein über Bürgerbeteiligung möglich ist, **strukturelle Probleme und deren Defizite zu lösen** – siehe Porto Alegre. Aber dafür braucht es richtige Konsensverfahren mit einer anderen Energie und Qualität der Diskussion als in den meisten (Online-) Bürgerhaushaltsverfahren.



Die Diskussionsrunde ist beendet

3. Vertiefung in den Arbeitsgruppen



Die AGs stellen sich vor.

Nach der Diskussionsrunde lud die Moderatorin Anja Söger die Teilnehmenden ein, sich in sechs Arbeitsgruppen zusammenzufinden. Thematisch ging es um eine Bilanzierung der letzten zehn Jahre. Wo stehen die deutschen Bürgerhaushalte derzeit und welche Trends zeichnen sich ab? Welche Erfolge oder Misserfolge gibt es zu verbuchen?

Arbeitsgruppe 1: Zehn Jahre Bürger- und Beteiligungshaushalte in Deutschland: Was hat es den Kommunen gebracht?

Input: Reiner Michaelis, Stadt Groß-Umstadt

In Groß-Umstadt wird der Bürgerhaushalt seit 14 Jahren durchgeführt. Das Fazit von Reiner Michaelis ist, dass die Stadt keine haushaltsrelevanten Wirkungen feststellen konnte, die durch einen Bürgerhaushalt entstanden sind und der Stadt eine neue Richtung oder neue Qualität beschert hätten. Aber wie kann es weitergehen?



AG 1 mit Reiner Michaelis (rechts)

Die Teilnehmenden berichten anschließend aus ihren Kommunen von ganz unterschiedlichen Erfahrungen – von der politischen Blockade bis hin zu erfolgreichen Voting-Verfahren und hoher Beteiligung an solchen Online-Befragungen. In der Diskussion ging es um Lernerfahrungen, Verbesserungsvorschläge, realistische Zielsetzungen, Erwartungen sowie (Miss-)Erfolge. Die Ergebnisse sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Ziele:

- Offener Umgang
- Konstruktive Mitarbeit
- Vertrauen, Verständnis
- Aktive Bürger
- Bekämpfung von Korruption
- Einsparungen
- Neue Prioritäten
- Budgettraditionen hinterfragen
- Ideen eingeben & bewerten
- Transparenz
- Begegnungsmöglichkeiten
- Wissensangebot
- Rechenschaft
- Konsultation

Erfolge:

- Dialog
- Konstruktive Anregungen
- Politik geht mit
- Bürger fühlt sich ernst genommen
- Bürgerideen können Themenschwerpunkte verschieben

Misserfolge:

- Wahlbeteiligung sinkt weiter
- Politik übernimmt Verantwortung nicht
- Nicht alle Vorschläge werden politisch behandelt

Was hat es gebracht?

- Aktivierung
- Mehr Wissen, was die Bevölkerung/Politik bewegt (Kommunikation)
- Transparenz
- Gute Ideen generiert
- Politischer Kulturwandel
- Konsolidierungsprogramm (unfreiwillig)
- Überforderung, Frust

Ergebnis: Es besteht der Eindruck, dass Bürgerhaushalte in Deutschland generell eher diffus und oft ohne individuell definierte Zielsetzung begonnen wurden und darauf das weitere Verfahren aufgebaut wurde. Viele der genannten Erfolge und Ergebnisse sind eher weiche Faktoren. Leider lässt sich in vielen Kommunen beobachten, dass auch Verwaltung und Politik sich auf den Blick nach „innen“ konzentrieren (wo können wir sparen?). Mitunter werden Bürgerhaushalte auch dazu genutzt, Sparvorschläge zu erörtern. Die Ableitung, was zukünftig besser gelingen könnte, beschränkt sich auf wenige Aussagen:

- Der Haushalt als solcher ist zu abstrakt. Einigkeit herrscht, dass das Ziel, mit den Bürgerinnen den kommunalen Haushalt (in all seinen Facetten und komplexen Zusammenhängen) zu diskutieren, nicht gelingen kann.
- Vorschlagende einladen und Ideen vorstellen/Vorschläge auch anonym zulassen.

Arbeitsgruppe 2: Wie werden Bürgerhaushalte zu informativen, kommunikativen und kooperativen Beteiligungsverfahren? Das Beispiel Stuttgart

Input: Thomas Ködelpeter (Ökologische Akademie), Heinrich Schneider (AK Bürgerhaushalt Stuttgart)



AG 2 mit T. Ködelpeter (links) und H. Schneider

Beim Einreichen von Vorschlägen und in den Online-Diskussionen dominieren häufig männliche, höhere Bildungsschichten. Beim Voting kommt es häufiger vor, dass **gut organisierte Gruppen** ihre Partikularinteressen durchsetzen. Die 2013/2014 erfolgte Einengung des Kölner Bürgerhaushalts auf ein Vorschlagswesen für Haushaltskürzungen führte sowohl zu einem Einbruch in der Beteiligungsrate (0,4 Prozent) als auch zu einem achtzigprozentigen Rückgang bei den eingereichten Vorschlägen. Von diesen 623 Vorschlägen stellte die Verwaltung lediglich 27 zur Abstimmung. Der Vorschlag, die Spitzengehälter der Geschäftsführer stadteigener Unternehmen zu kürzen, fand im Rat der Stadt aus marktstrategischen Gründen keine Akzeptanz und kam so gar nicht zur Abstimmung.

Dass es auch anders gehen kann, zeigen die Bürgerhaushalte in Trier, Stuttgart und Berlin-Lichtenberg, in denen eine Beteiligungsrate bis zu neun Prozent erreicht wurde. Mit einem Bündel von Maßnahmen können sich Bürgerhaushalte gegenüber den gewandelten Erwartungen der Bürgerschaft an Beteiligung

öffnen und zu einem wichtigen Element lokaler Beteiligungskultur werden. Dazu gehören laut Referent Thomas Ködelpeter:

- die Integration in **umfassende Beteiligungskonzepte** der Kommunen;
- eine Überarbeitung der Ziele, Zielgruppen, des Verfahrens und der **Evaluation** in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung;
- die Zuweisung fester **Budgets für Quartiere** und die Verzahnung mit anderen Fördermaßnahmen;
- **aufsuchende, dezentrale Beteiligungsformate** für die gesamte Bevölkerung (inklusive Bürgerhaushalt) mit förderlichen Rahmenbedingungen.

Im Dialog mit Verwaltung, Politik und dem „Arbeitskreis Stuttgarter Bürgerhaushalt“ sei es laut Heinrich Schneider gelungen, den Beteiligungsprozess in Richtung Inklusion zu erweitern. „Die Volkshochschule qualifiziert **Multiplikatoren** und befähigt sie, in unterrepräsentierten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen in zielgruppenadäquater Weise das Bürgerhaushaltsverfahren und seine Nutzung für die Interessen und Bedürfnisse der Quartiere bzw. der Zielgruppen zu vermitteln“. In öffentlichen Veranstaltungen in den Quartieren wird verstärkt über quartiersrelevante Vorschläge, in Stadtversammlungen über stadtweite Vorschläge diskutiert und priorisiert.

Anschließend diskutierten die Teilnehmenden folgende Fragen:

Wie erreichen und aktivieren wir bestimmte Adressatengruppen (Jugendliche, Migranten, einkommensschwache Bevölkerungsgruppen)?

- Bisher nicht erreichte Adressatengruppen können mit aufsuchenden, aktivierenden Formen der Beteiligung angesprochen werden (Gemeinwesenarbeit, Community Organizing).
- Die Kommunikation muss dort ansetzen, wo sich die Menschen treffen und auch die jeweilige Sprache berücksichtigen.

Wie kann die Qualität der Deliberation verbessert werden?

- ...indem Bürgerhaushalte in einer Sprache und Form dargestellt werden, dass die Zielgruppen sie verstehen können (z. B. Schulungsangebote in Bildungseinrichtungen).
- ...indem der Beteiligungsprozess so gestaltet wird, dass sich die beteiligten Menschen in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt fühlen.
- ...indem Beteiligungsformate entwickelt werden, die den Zielgruppen gerecht werden (z. B. Schülerhaushalte, Quartiersbudgets/Verfügungsfonds).

Arbeitsgruppe 3: Wie werden Bürgerhaushalte zu informativen, kommunikativen und kooperativen Beteiligungsverfahren? Das Beispiel Darmstadt



AG 3 mit Imke Jung-Kroh (links) und Theresa Steffens

Anhand des Praxisbeispiels „Bürgerhaushalt der Wissenschaftsstadt Darmstadt“ wurden Herausforderungen aufgezeigt, mit welchen sich viele Bürgerhaushalte nach einer gewissen Laufzeit auseinandersetzen müssen: So wiederholen sich nach einigen Jahren die Vorschläge aus der Bürgerschaft, viele Ideen haben **kaum Bezug oder Einfluss auf den städtischen Haushalt** und die langen Zeiträume zwischen der Einreichung von Vorschlägen und der politischen Beratung werden von der Bürgerschaft als Phase wahrgenommen, in der „nichts passiert“. Ein

nachhaltiger Austausch über die Einreichungen oder gar eine Weiterentwicklung findet demnach in der Bürgerschaft kaum statt, denn es scheint an Betroffenheit zu mangeln. In dieser Arbeitsgruppe wurde der Frage nachgegangen, wie die **Weiterentwicklung von Bürgerhaushalten** gestaltet werden kann. Dabei standen die Inklusion aller Anspruchsgruppen und die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern über das beratende Element hinaus im Fokus.

Da sich in der Arbeitsgruppe Gäste aus Palästina und Indonesien zusammengefunden hatten, konnte sie stark von dem internationalen Austausch profitieren. Zunächst wurden diese Problemstellungen in Darmstadt kritisch hinterfragt. Die verhältnismäßig geringen Beteiligungszahlen stießen ebenso wie das geringe Engagement der Bürger auf Unverständnis. Als Bürgerin habe man doch eine Verantwortung innerhalb der Gemeinschaft, sich einzubringen, so die Erklärung. Dabei zeigte sich, dass **palästinensische Beteiligungsformate** stark auf **Bürgerversammlungen** setzen und der Wunsch besteht, die Online-Beteiligung auszubauen – während in Darmstadt und anderen deutschen Kommunen derzeit die Offline-Elemente verstärkt werden.

Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden folgende Empfehlungen:

Empfehlungen für mehr Inklusion:

- Um mehr Menschen zu erreichen und die Bekanntheit des Verfahrens zu steigern, sollten der Stadtteilbezug gestärkt werden und vermehrt Offline-Elemente zum Einsatz kommen.
- Vor allem Präsenzveranstaltungen eignen sich, um einen ersten Kontakt mit dem Verfahren herzustellen. Dabei müssen es keine reinen Informationsveranstaltungen sein, auch Sport- und Unterhaltungsangebote vor Ort eignen sich. Auch eine Party oder Feier sei denkbar, um Menschen anzuziehen und zu interessieren.

- Insgesamt sollte die aufsuchende Beteiligung (beispielsweise durch Hausbesuche) stärker in den Mittelpunkt rücken.

Empfehlungen für eine stärkere Beteiligung und Kooperation:

- Bürgerbefragungen und repräsentative Befragungen können genutzt werden, um Entscheidungsträgern ein erstes Stimmungsbild an die Hand zu geben.
- Motivation und Involvement werden durch das Gefühl, etwas bewegen zu können, gestärkt. Daher ist der Einsatz von Budgets sinnvoll und wünschenswert, um eine gewisse Handlungsfähigkeit zu schaffen.
- Um zu verhindern, dass Entscheidungen zugunsten einer ohnehin bevorzugten Gruppe getroffen werden, empfiehlt sich der Einsatz von Projektgruppen, die aus Bürgern, Verwaltung und ggf. Politik besteht und neben der Entscheidung auch an der Implementierung der Vorschläge beteiligt sind.

Arbeitsgruppe 4: Bürgerhaushalte und Qualitätsstandards guter Bürgerbeteiligung

Input: Hans-Jörg Sippel (Stiftung Mitarbeit)

Die Gruppendiskussion konzentrierte sich auf die Leitfrage „Was macht gute Bürgerbeteiligung aus?“. Gemeinsam wurden Qualitätsmerkmale für gute Beteiligung ausgearbeitet, die für Bürgerhaushalte allgemein gelten könnten.

- **Mitwirkung aller Einwohnerinnen ermöglichen:** Es gilt, auch schwer erreichbare, benachteiligte Bevölkerungsgruppen in die politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dazu sind eine spezifische Ansprache, ein angepasstes Beteiligungskonzept und aufsuchende

Formen der Beteiligung notwendig. Diese Formen lassen sich auch gut in Bürgerhaushaltsprozesse integrieren.

- Nicht die Zahl der am Prozess Beteiligten ist entscheidend, sondern die **Repräsentativität und die Qualität der Ergebnisse**.
- **Transparenz der Entscheidungsprozesse** ist wichtig, um engagierte Bürgerinnen zu motivieren, aktiv die kommunalen Beteiligungsangebote wahrzunehmen und sich einzubringen. Transparenz ist auch eine wichtige Grundlage für die nächsten Punkte:
- **Formulierung des Beteiligungskonzeptes** im Vorfeld eines Beteiligungsverfahrens: Information über Beteiligungsgegenstand und Ziel, über die Gestaltungsspielräume der Bürgerinnen, den Umgang mit den Ergebnissen und den Kontext des Verfahrens.
- **Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog:** Gute Bürgerbeteiligung ist ein Dialog auf **Augenhöhe** zwischen Bürgerschaft, Kommunalpolitik und -verwaltung. Die politischen Entscheidungsträger legen gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft über den Umgang mit den Ergebnissen von Beteiligungsprozessen ab. Vorschläge aus der Bürgerschaft werden im Dialog weiterentwickelt.
- **Hohes Maß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit:** Es geht darum zu verhindern, dass Beteiligung nur „inszeniert“ oder „simuliert“ wird. Der **Übergang der Ergebnisse in den politischen Entscheidungsprozess** muss bereits zu Beginn eines Beteiligungsverfahrens festgelegt werden. Dazu gehört eine **Festlegung der Gestaltungsspielräume** der Bürgerinnen im Voraus.
- Das Lernen aus Beteiligungsprozessen durch eine kontinuierliche Evaluation ist eine wichtige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Bürgerbeteiligung.
- Zudem können Interessierte, die sich engagieren wollen, nicht von Anfang an Experten sein. Durch die Beteiligung am Bürgerhaushalt können sich die Einwohnerinnen das nötige Fachwissen aneignen, daher müssen **gute und ausführliche Informationen** verfügbar gemacht werden.



AG 4: Olivia Metzendorf aus Maintal während der Diskussion

Verbesserungsvorschläge: Eine Gruppenteilnehmerin, die längere Zeit für die GIZ in einem Dezentralisierungsprogramm in **Mosambik** gearbeitet hatte, berichtete von der Einrichtung von Gremien, die bestimmte **soziodemografische Beteiligungsquoten** erfüllen mussten (30 Prozent Frauen, 15 Prozent Senioren und Jugendliche etc.). In der Gruppe entstand die Idee, **„Stadtteifonds“** mit einem festen jährlichen Budget einzurichten. Ein Gremium nach dem mosambikanischen Vorbild, angepasst an die jeweilige lokale Situation, würde eingerichtet werden, das Kriterien entwickelt und als Grundlage für die Mittelvergabe festlegt. Dies würde die **Transparenz der Entscheidungsfindung** sicherstellen sowie die Kooperation zwischen Bürgerinnen, Politik und Verwaltung fördern. Allerdings ist ein nach Quoten zusammengesetztes Gremium nicht demokratisch gewählt und legitimiert; sehr wohl demokratisch legitimiert wären aber die finanziellen Mittel, die für den jeweiligen Stadtteil vom Gemeinderat beschlossen und zur Verfügung gestellt werden. Eine Idee ist, in regelmäßigen Abständen die personelle Besetzung der Stadtteilgruppe zu verändern, um die Nachhaltigkeit der Mittelvergabe sicherzustellen. Das Programm „Soziale Stadt“ hat gute Erfahrungen mit dieser Form der direkten Mitwirkung und Entscheidung auf Quartiersebene gemacht. Aus diesen Erfahrungen lässt sich lernen.

Arbeitsgruppe 5: Der Bürgerhaushalt ist tot ... es lebe der Bürgerhaushalt!?

– ein Workshop zur Neuerfindung der Bürgerbeteiligung am kommunalen Haushalt

Input: Oliver Märker und Michelle Ruesch (ZebraLog)



Immer wieder werden seit einigen Jahren Bürgerhaushalte für „gescheitert“ erklärt. Was bedeutet das für die Zukunft des Bürgerhaushaltes? Ist der Bürgerhaushalt tot? Ist eine Neuerfindung der Bürgerbeteiligung am kommunalen Haushalt nötig? Und wenn ja, wie sähe diese aus? Ausgehend von diesen Fragen wurden zunächst **aktuelle Schwierigkeiten und Probleme** gesammelt:

1. Ziele und Erwartungen:

Fast alle Teilnehmenden beschrieben, dass die konkreten Ziele eines Bürgerhaushalts oft nicht klar definiert seien und deshalb falsche Erwartungen entstünden. Oft seien Bürgerhaushalte überfrachtet mit Erwartungen, die das Instrument gar nicht erfüllen könne. Hierunter fiel auch die Erkenntnis, dass jede Kommune für sich entscheiden muss, welche Ziele ihr am wichtigsten sind. Die Ziele „hohe Qualität der Vorschläge“ und „hohe Beteiligung“ stehen zum Beispiel grundsätzlich in einem Widerspruch: Liegt der Schwerpunkt auf der Qualität, darf der Bürgerhaushalt nicht ausschließlich an Beteiligungsquoten gemessen werden.

2. Rolle der Politik/Umgang mit den Ergebnissen/Rechenschaft:

Die Politik sei generell zu wenig eingebunden und die starke Abhängigkeit von der Dialogbereitschaft der Politik erschwere auch der Verwaltung die Arbeit. Viele Vorschläge würden letzten Endes – oft ohne Begründung/Rechenschaft – nicht umgesetzt, was zu Unzufriedenheit in der Bürgerschaft führe.

3. Anschlussfähigkeit der Vorschläge an Verwaltungsabläufe:

Zum einen sei die Qualität der Vorschläge oft nicht ausreichend, zum anderen würden sehr oft die gleichen Ideen mehrmals eingestellt. Die fehlende Anschlussfähigkeit – und zu knapper zeitlicher Vorlauf – resultiere wiederum in einer Überlastung der Verwaltung.

4. Methoden:

Oft sei die Methode nicht den konkreten Zielen bzw. Zielgruppen angepasst. Zudem fehle oft eine Verknüpfung verschiedener Beteiligungsangebote.

5. Bürger erreichen:

Es sei schwierig, Teilnehmende zu mobilisieren. Es stand die Frage im Raum, ob die Bürgerinnen und Bürger mit dem Bürgerhaushalt überfordert oder einfach nicht interessiert seien. Eine Beteiligung sei nur bei direkter Betroffenheit zu erkennen.



AG 5 mit Oliver Märker und Michelle Ruesch

Anschließend formulierte die Gruppe eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen und Bedingungen, deren

Wichtigkeit von Verfahren zu Verfahren unterschiedlich ist:

Verbesserungsvorschläge:

- Feedbackorientiertes Verfahren (weg von Vorschlägen);
- Erst Diskussion anregen, dann Vorschläge sammeln (steigert ggf. Qualität);
- Nah am Alltag der Bürgerinnen ansetzen;
- Leitbilder und andere Beteiligungsverfahren andeuten (Beteiligungskultur stärken, ggf. auch mithilfe eines „Beteiligungsbeirates“);
- Umfragen (bei bestimmten Zielsetzungen);
- Vorschläge in ihrer Gesamtheit auswerten (clustern), um wichtige Themen zu identifizieren;
- Je nach Zielsetzung kann eine strategische Diskussion zur Stadtentwicklung sinnvoller sein. Entscheidend ist der Maßstab, abgeleitet von den Zielen („Schlaglochmeldung vs. Strategie“);
- Kontinuierliche Weiterentwicklung;
- Frühere Einbindung der Politik, proaktive Einladungen, Vermittlung von Strukturen;
- Verzahnung von Bezirks- und Gesamtebene.

Wir brauchen ein Verfahren

- das Ergebnisse anschlussfähig macht;
- bei dem es ein gemeinsames Verständnis der Ziele gibt;
- das Methoden abgeleitet von Zielen entwickelt;
- das die Bürgerinnen anspricht;
- durch das Ergebnisse zur Umsetzung von Ideen sichtbar werden;
- das von der Politik mitgetragen wird;
- das im Rahmen eines Beteiligungskonzeptes mit den Bürgerinnen entwickelt wird;
- das mehrere Kanäle anbietet (online/vor Ort);
- das Haushalte gesamtstädtisch lesbar macht.

Eine **zentrale Erkenntnis** war die Notwendigkeit, jeden Bürgerhaushalt je nach Zielsetzungen individuell auszugestalten und je Verfahren die Zielsetzungen zu priorisieren. Standardisierung (auch

im Software-Bereich) könne dazu führen, dass die Methode nicht den Zielen folgt, sondern die Bedarfe an die Technik bzw. Methode angepasst werden müssen. Zum Beispiel müsse ein Bürgerhaushalt, dessen prioritäres Ziel es ist, qualitativ hochwertige Vorschläge zu generieren, methodisch anders herangehen als ein Bürgerhaushalt, dessen Ziel es in erster Linie ist, bildungsschwache Zielgruppen zu erreichen.

Arbeitsgruppe 6: Das Mühlheimer Modell

Input: Michael Schneider (Mühlheim am Main) und Christoph Okpue (ontopica GmbH)



AG 6: Michael Schneider

Mühlheim am Main führt dieses Jahr den zweiten Bürgerhaushalt durch. Die Politik beschloss drei Modelle, so dass nun Flexibilität bei der Umsetzung besteht:

Modell 1 sieht eine produktorientierte und verständliche Darstellung des Haushaltes vor. Durch diese Informationen sollen Transparenz, Verständnis und letztendlich Akzeptanz für die kommunale Haushaltslage geschaffen werden.

Modell 2 geht einen Schritt weiter, die Produkte werden in Leistungen unterteilt und mit Zielen, Qualitäten, Wirkungen und Indikatoren versehen. In diesem Modell kann die Bürgerin auf mehreren Ebenen Vorschläge einbringen.

- a) Konsultation zur Haushaltskonsolidierung und Priorisierung von freiwilligen Leistungen der Stadt;
- b) Bewertung von vier Produkten (Wichtigkeit und Qualität), welche durch ein Wahlverfahren bestimmt werden. Die Verwaltung und Politik werten die Ergebnisse aus.
- c) Einreichen von eigenen Vorschlägen, Onlinediskussion und Abstimmung. Die zehn Vorschläge mit der größten Beteiligung sowie die fünf Vorschläge mit der höchsten Wichtigkeit werden parlamentarisch beraten. Anschließend erfolgt die Rechenschaft.

Modell 3 ist bisher noch nicht umgesetzt, soll aber in den nächsten zwei bis drei Jahren etabliert werden. Vorgesehen ist ein Akteurswechsel hin zu einer aktiven Partizipation der Bürgerschaft. Organisierte Interessengruppen können mit der Politik auf Augenhöhe über Haushaltspläne diskutieren und beraten.

Die **erste Durchführung** des Bürgerhaushaltes wird insgesamt positiv eingeschätzt. Die Leistungsbewertungen waren ein gutes Feedback für die Verwaltung und die eingereichten Vorschläge waren besonders für die Politik von Interesse. Festgehalten wurden zwei kaum zu beeinflussende Faktoren, die die Diskussionskultur der Stadt beeinflussen. Die Rahmenbedingungen für einen konstruktiven Diskurs sind angesichts des Konsolidierungsdruckes der Kommune suboptimal. Das gespaltene Verhältnis der Stadtteile untereinander erschwert zudem die Entwicklung einer offenen politischen Kultur.

Die weitere **Diskussion** drehte sich in erster Linie um die Frage, wie eine langfristige Strategieentwicklung der Stadt vor dem Hintergrund gegebener politischer Strukturen zu verwirklichen und mit dem Bürgerhaushalt zu verbinden sei. Es stellt sich zunächst die Frage, wer übergeordnete Ziele festlegen soll und kann. Daran anschließend müssten die konkreten Zielsetzungen der Produkte in die entwickelten Leitbilder integriert werden.

4. Plenumsdiskussion: Perspektiven für die Zukunft

In der abschließenden Plenumsdiskussion ging es um die Rekapitulation der Ergebnisse. Wo liegt der rote Faden, welche Perspektiven gibt es und welche Schritte sollten gemacht werden? Grundsätzlich kristallisierte sich die Frage heraus, welche Ebene im Vordergrund steht: Geht es um die Beteiligungskultur als Ganzes oder um die Verständigung über konkrete Verfahren und Methoden?



Teilnehmende während der Plenumsdiskussion

- **Beteiligung an der Beteiligung:** Vorschläge machen reicht nicht mehr aus. Die Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte ist nur mit Beteiligung der Bürgerschaft möglich im Sinne einer starken **Beteiligungskultur** durch dialogische Verfahren mit allen Akteuren (Politik/Verwaltung/Bürger).
- **Von Konsultation zu Kooperation:** Wie kann diese Beteiligungskultur in laufende Verfahren eingebettet werden? Die aufsuchende, aktivierende Beteiligung mit Stadtteilorientierung und Quartierbudgets steht hier im Vordergrund.
- **Öffentlichkeitsarbeit** wird bei Bürgerbeteiligung als wichtig eingestuft, denn Erfolgsgeschichten sollten in die Öffentlichkeit, und vor allem zu den jüngeren Menschen getragen werden. So können sich Netzwerke und eine Beteiligungskultur bilden.
- **Beteiligungsromantik?** Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob (und wenn ja, welche) Nebenwirkungen Bürgerbeteiligung produziert. Schließlich verschieben sich dadurch die Arenen zu nicht

politisch legitimierten Gremien, was eine Depolitisierung der Politik bewirken kann und damit das System beeinflusst. Die repräsentative Demokratie wird nicht automatisch gestärkt. Ängste aus der Politik sollten ernst genommen werden.

- **Überfrachtung?** Die Diskussion scheint sehr weit weg zu sein von der Diskussion unserer globalen Themen wie Ressourcenverbrauch und Klimawandel – aber das sind die Themen, die die Bürgerinnen beschäftigen werden. Es stellt sich die Frage, was der Bürgerhaushalt leisten kann und ob der Bürgerhaushalt diese Fragen überhaupt beantworten kann. Vielleicht ließe er sich mit globalen Themen kombinieren, aber es braucht dafür auch andere, eigene Konzepte.
- **Gesetze und Regeln als Hindernisse?** Es kommt auch wenig zur Sprache, wie klein eigentlich der Spielraum im kommunalen Bereich ist. Die Mittel sinken, aber die Aufgaben steigen. Dies ist ein Grundproblem, das der Bürgerhaushalt nicht lösen kann, weil dieser meist auf freiwilligen Leistungen basiert. Grundsätzlich ist die Veränderung von Strukturen wichtig. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland eine ehrenamtliche Staatsrätin für Bürgerbeteiligung in der Landesregierung. Sie versucht durch Schulungen in den Verwaltungen eine Planungskultur zu initiieren. So können sich Prozesse und langfristig Regeln ändern.
- **Parteiübergreifender Konsens** ist neben der Unterstützung durch die Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung für einen Bürgerhaushalt, wie z. B. in Potsdam.

Perspektiven für die Zukunft – „Was brauchen wir“?

„Züge, die auf ähnlichen Gleisen bzw. in ähnliche Richtungen fahren, sollten verbunden werden, um durchsetzungsfähiger zu werden. Die Tagung zum Thema Bürgerbeteiligung in Loccum und das heutige Treffen sollten gemeinsam geplant werden.“

„Es wäre schön, wenn wir uns in 10 Jahren treffen und alle unterschiedliche Bürgerhaushalte hätten.“

„Es kann keine standardisierten Bürgerhaushaltsverfahren geben. Jede Kommune muss ihren Weg finden. Aber wir sollten versuchen, ihn nicht isoliert zu betrachten, sondern als Teil der Bürgerbeteiligung auf der lokalen Ebene als querschnittsmäßige Verankerung. Wenn Gremien zusammengebracht werden können, dann ist das ein guter Weg.“

„Ich möchte allen Bürgerinnen wünschen, dass sie wieder Bürgerinnen sind. Oberbürgermeister sollten mehr Verwaltungschef als Politiker sein; alle politischen Verantwortlichen sollten damit beseelt sein, endlich quer zu denken.“

„Es gibt viele Bürgerhaushalte, viele Perspektiven und Ansätze, keine Pauschallösung.“



Plenumsdiskussion

5. Einführung in den zweiten Tag des Netzwerktreffens

Der zweite Tag steht im Zeichen der **internationalen Verbreitung von Bürgerhaushalten** und möchte dazu beitragen, den globalen Wissenstransfer zu ermöglichen. Besonders die palästinensischen Gäste brachten sich stark mit ihren Erfahrungen ein.

Christian Bürger stellt das neue Angebot der SKEW „Partnerschaften zum Thema bürgernahe Kommune“ vor. Die SKEW möchte das Voneinanderlernen und den gegenseitigen Fachaustausch stärken und unterstützt somit Partnerschaften von deutschen Kommunen und Kommunen aus dem Globalen Süden zum Thema Bürgerbeteiligung. Die Idee ist es, mittelfristig ein kommunales Netzwerk aufzubauen. Es sind Fachaustausche möglich, Fachveranstaltungen, vorbereitende Training und vieles mehr. Mehr Informationen hierzu finden Sie auf der Webseite der Servicestelle www.service-eine-welt.de.

Fallbeispiel: Pilotierung von Bürgerhaushalten in den palästinensischen Gebieten

Local Governance Programme, GIZ Palästinensische Gebiete



Shoukri A.H. Radayda, Ministerium für kommunale Verwaltung, palästinensische Delegation

Die palästinensische Delegation berichtete von ihren Erfahrungen mit Bürgerhaushalten. Sie sind in diesem

Teil der Welt sehr neu und unterscheiden sich von dem Modell in Porto Alegre. Sie ähneln bisher eher dem Konsultationsverfahren nach deutschem Verständnis. Die Bürgerinnen agieren als Berater der Kommune und können Vorschläge und Kommentare zum Haushalt bei der Verwaltung einreichen. Die ersten sieben Pilotkommunen legten ihren Fokus auf Aufklärung (Information zu Haushaltsdaten) und Beteiligung (Bürgerversammlung mit Empfehlungen). Die Kommunen erhoffen sich dadurch mehr Verständnis, Zugehörigkeitsgefühl, Aktivierung und Vertrauen der Bürgerschaft (gerade im Hinblick auf Steuerzahlungen) genauso wie stärkere Transparenz der Verwaltung, geringere Korruption sowie eine **bessere Verknüpfung von kommunaler Entwicklungs- und Finanzplanung**. Einige Kommunen haben bereits vor Einführung der Bürgerhaushalte interessante eigene Ansätze für mehr Bürgerbeteiligung in Budgetfragen entwickelt, wie die folgenden Fallbeispiele zeigen.



Die Stadt Gaza im Gazastreifen sowie sechs weitere Städte und Dörfer im Westjordanland sind die ersten Pilotkommunen, die Bürgerhaushalte erproben.

Das Beispiel Zbouba



Mohammed I.M. Ibaideya, Leiter des Dorfrates

Mohammed Ibaideya berichtete von dem Dorf Zbouba, welches sich im Norden der palästinensischen Gebiete befindet. Es gibt eine israelische Militärbasis und durch die Mauer, die das Dorf von Israel trennt, sind die Dorfbewohner vom größten Teil ihrer landwirtschaftlichen Flächen abgeschnitten. Nach den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2013 möchte der neue Bürgermeister den sozialen Ausgleich und die Transparenz fördern und setzt dabei auf Bürgerbeteiligung und -konsultation bei Finanzfragen. Dies führte zu **mehr Vertrauen und langsam steigenden Steuereinnahmen**.

Steckbrief Zbouba:

- 2.400 Einwohnerinnen
- 300.000 US-Dollar Jahresbudget
- 9 Ratsmitglieder
- 2 Verwaltungskräfte

Das Beispiel Ramallah



Herr Suleiman F.S. Ghneim, Kämmerer der Stadt Ramallah

„In den letzten fünf Jahren wurde unser Haushaltsverfahren entwickelt“ berichtete Herr Suleiman Ghneim, der Kämmerer der Stadt Ramallah. Jedes Jahr findet im Dezember eine dreitägige Veranstaltung mit den Interessenvertreterinnen der Bürger, den Ratsmitgliedern und den Leitern der Verwaltungsabteilungen statt. Am Ende wird ein Budget präsentiert, das sich in Entwicklungs-, Betriebs- und Zuweisungsbudget unterteilen lässt. Ein Teil der Einnahmen auf kommunaler Ebene wird direkt von der Autonomiebehörde eingezogen, während ein anderer Teil der Gebühren (Abfall, Abwasser, Gewerbelizenzen etc.) von der Stadt eingenommen wird.

Steckbrief Stadt Ramallah:

- 50.000 Einwohnerinnen
- 25.000.000 US-Dollar Jahresbudget
- 15 Ratsmitglieder
- 400 Verwaltungskräfte

Die palästinensischen Kommunen stehen vor folgenden

Herausforderungen:

- Die Höhe kommunaler Finanztransfers von nationaler Ebene ist oft unklar, was die Planungsprozesse beeinträchtigt;
- Fehlendes Wissen bzw. Bewusstsein zu Haushaltsvorgaben und Budgets bei Bürgerinnen und Kommunen;
- Es besteht noch kein gemeinsames Verständnis zur Methodik des Bürgerhaushalts durch die Vielfalt lokaler Formen der Bürgerbeteiligung;
- Die Anpassung rechtlicher Rahmenbedingungen ist notwendig für effektive Umsetzung;
- Fortwährende politische Instabilität.

Ausblick:

- Die Ausgangssituation ist vielversprechend trotz vielfältiger kommunaler Probleme;
- Beginn mit konsultativer Form der Bürgerbeteiligung, weiterer Ausbau der Beteiligung möglich
- Anpassung des Konzeptes an individuelle kommunale Bedürfnisse und Bedingungen ist nötig;
- Ausmaß und Art der praktizierten Bürgerbeteiligung in den Kommunen (Planung, Jugend, Bürgerversammlungen etc.) sind bislang sehr verschieden;
- Gute Kommunikation ist wichtig, um zu hohe Erwartungen innerhalb der Kommunen und unter den Bürgerinnen zu vermeiden.

Die Gäste bedanken sich bei der deutschen Regierung, den Teilnehmenden der Konferenz, der GIZ und dem Projekt Kommunalentwicklung, Kristin Hentschel, der SKEW und auch bei den Vertreterinnen aus Darmstadt für das nette Gespräch. Die Gäste würden sich freuen, wenn sie Städtepartnerschaften mit deutschen Städten für den Austausch initiieren könnten.

Kommentar aus dem Publikum: Ich möchte Ihnen meine große Wertschätzung aussprechen und mich vor Ihren Bemühungen verneigen. Das spricht für die Idee des Bürgerhaushaltes und zeigt auch, wie verzagt unsere eigene Diskussion im Vergleich ist!

6. Vertiefung in den Arbeitsgruppen

Die Teilnehmenden teilen sich wieder in Arbeitsgruppen auf. Diese bauen auf den Ergebnissen des ersten Tages auf und stehen darüber hinaus im Zeichen des internationalen Erfahrungsaustausches.

Arbeitsgruppe 1: Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Austausches am Beispiel Peru

Input: Norbert Hölcker, Janina Dutois, Francisco Cárdenas Ruiz (Infostelle Peru e. V.)

Die drei Inputgeber berichten über Bürgerhaushalte in Peru und setzen diese Erfahrungen in den Kontext mit Praktiken aus Deutschland. Eine intensivere Beschäftigung mit Bürgerhaushalten in Peru erscheint bereichernd besonders aufgrund von drei Charakteristika:

- 1. Gesetzliche Verpflichtung:** Seit dem Jahr 2004 ist die Durchführung von Bürgerhaushalten in allen Kommunen und Regionen des Landes gesetzlich vorgeschrieben und schlägt sich u. a. in Dezentralisierungsgesetzen, den Regional- und Kommunalverfassungen sowie im Rahmengesetz zum Bürgerhaushalt nieder. Seit 2010 findet eine Weiterentwicklung zu einem wirkungsorientierten Bürgerhaushalt statt, was mit der Einführung von Indikatoren einhergeht.
- 2. Methodik:** Zu den wichtigsten Merkmalen der Bürgerhaushalte in Peru zählt, dass sie sich nur auf investive Mittel beziehen (wobei 75 Prozent dieser Ausgaben auf subnationaler Ebene erfolgen), es keine Vorgaben hinsichtlich des Umfangs der einbezogenen Haushaltsmittel gibt und dass die Teilnehmenden von organisierten Interessensgruppen ernannte Delegierte sind (keine Einzelpersonen).
- 3. Einbindung aller staatlichen Ebenen Nationalregierung, Kommunen und Regionen:** In Peru müssen alle 1839 Kommunen und 24 Regionen einmal jährlich einen Bürgerhaushalt durchführen. Damit

gibt es seit 2004 einen enormen Erfahrungsschatz an Bürgerhaushaltsprozessen. Dazu kommt die tragende Rolle der Nationalregierung, die den Prozess maßgeblich koordiniert.

4. Strategisches Management und Bürgerbeteiligung:

Der Bürgerhaushalt in Peru kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist mit weiteren partizipativen Elementen eng verknüpft (z. B. dem lokalen Koordinierungsrat), die gemeinsam ein umfassendes Instrument der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene darstellen.



AG 1: Janina Dutois und Norbert Hölcker

Hauptergebnis: Es ließ sich feststellen, dass angesichts der unterschiedlichen Kontexte und Zielsetzungen die jeweiligen Erfahrungen nicht eins zu eins übertragbar sind. So bietet der enge soziale Zusammenhalt im ländlichen Raum Perus einen guten Rückhalt für das Verfahren, der so in Deutschland schwierig zu finden wäre. Die Gründe für eine vergleichende Betrachtung können vor allem in der Darstellung von Unbekanntem und der Hervorhebung bestimmter Spezifika gesehen werden, um Impulse zur Weiterentwicklung im eigenen Kontext zu geben. Mit Blick auf die Fragen aus deutscher Sicht könnten einzelne Elemente von Interesse sein, z. B. wie Delegierte angesprochen und ausgewählt werden, Projekte erarbeitet werden oder die Rechenschaft im Rahmen der Bürgeraufsicht funktioniert.



AG 1: Francisco Cárdenas Ruiz

Erfahrungsaustausch durch ASA-Kommunal²

Daneben kann der Aufbau von kommunalen Netzwerken zum Thema Bürgerbeteiligung und die stärkere Nutzung von kommunalen Partnerschaften zwischen Peru und Deutschland weitere Anregungen geben. In diesem Zusammenhang wurde das ASA-Kommunal Süd-Nord Projekt Cajamarca – Berlin Treptow-Köpenick erläutert, welches im Jahr 2013 stattfand. Je zwei junge Menschen aus Cajamarca und dem Berliner Bezirk Treptow-Köpenick lernten die Arbeitsmethoden in den beiden Kommunen vor Ort kennen und tauschten sich rund um das Thema aus. So bietet der Blick von außen die Möglichkeit, das eigene Verfahren aus einer anderen Perspektive zu betrachten und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Diese Art des Lernens wird als interessante erste Erfahrung wahrgenommen, die es zu vertiefen gilt.

² Mehr Informationen zum Programm ASA-Kommunal finden Sie hier: www.service-eine-welt.de/asa_kommunal/asa_kommunal-start.html

Arbeitsgruppe 2: Zukunftsszenarien „Bürgerhaushalt“ – ein methodisches Experiment

Input/Anleitung: Anja Söger

In dieser Arbeitsgruppe entwickelten die Teilnehmenden Zukunftsszenarien für ihre jeweils eigenen Arbeitskontexte, die das Thema Bürgerhaushalte betreffen. Im Anschluss entwickelten sie mit Hilfe von **kollegialer Beratung** konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Szenarien.

Diese Arbeitsgruppe bediente sich einer analogen Methode aus der systemischen Organisationsberatung. Die systemische Organisationsberatung geht davon aus, dass insbesondere in komplexen Situationen der Schlüssel zur Lösung und zur Weiterentwicklung eines Systems, eines Themas oder einer Situation in den Beteiligten selber liegt. Die Rolle der Moderatorin ist die einer Prozessbegleiterin, nicht die einer Fachberaterin. Die Methoden sind so gestaltet, dass sie nicht nur auf die kognitiven Fähigkeiten von Menschen ausgerichtet sind, sondern auch auf deren intuitive Lösungsphantasien.



AG 2 Zukunftsszenarien

Die Gruppe arbeitete mit der analogen Methode des **Perspektivenwechsels**: Die Teilnehmenden standen dazu im Kreis, mit dem Gesicht nach außen gewendet. In Stille vergegenwärtigten sie sich die Ist-Situation ihres Arbeitskontextes Bürgerhaushalt; mehr als

Beobachter denn als Akteur und alle Empfindungen bei der Vergegenwärtigung ihres Arbeitskontextes wahrnehmend.

In einem zweiten Schritt wählten die Teilnehmenden einen Zeitpunkt in der Zukunft (2 Monate, 1 Jahr oder auch 5 Jahre) und beobachteten in Stille das, was sich ihnen in dieser Zukunft darstellte: die Ist-Situation in der Zukunft. Nach mehreren Wechseln zwischen Gegenwart und Zukunft, symbolisiert durch Schritte vor und zurück, fokussierten sich die Teilnehmenden auf die **nächsten notwendigen Arbeitsschritte** hin in diese Zukunft und notierten diese auf Moderationskarten.

In einem letzten Schritt berichteten die Teilnehmenden nacheinander von ihren Visionen und ihren nächsten Schritten und holten sich das Feedback und den Rat ihrer Kolleginnen durch ein offenes Assoziieren oder auf eine spezifische Frage hin ein.

Arbeitsgruppe 3: Potenziale für Kooperation und Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt

Input: Dana Abdel Fatah und Kristin Hentschel (GIZ Palästinensische Gebiete)

Als Eingangsinpult wurde vorgestellt, wie Kooperationsformen zwischen Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit funktionieren können. Neben der klassischen Form der Städtepartnerschaft, die jedoch einige finanzielle Mittel und langfristig angelegtes Engagement beider Seiten erfordert, gibt es auch niederschwelligere Kooperationen. Diese Kooperationen können z. B. einen gezielten Austausch zu kommunalen Fachthemen von beiderseitigem Interesse beinhalten, die durch gelegentliche Besuche und den Austausch von Experten vertieft werden.



AG 3: Dana Abdel Fatah

Es gibt einige **Erfolgskriterien für den Aufbau einer kommunalen Kooperation:**

- Bestehende personelle und organisatorische Strukturen auf beiden Seiten nutzen;
- Mit kleinen Vorhaben beginnen und bei Erfolg die Projekte ausweiten;
- Klare Ziele für die Kooperation festlegen;
- Interessensgruppen vor Ort wie Nichtregierungsorganisationen, lokale Vereine, Schulen etc. mit einbeziehen;
- Memorandum of Understanding abschließen (schriftliche Vereinbarung führt zu Verbindlichkeit).

Im **ersten Schritt** definierten die deutschen und palästinensischen Teilnehmenden miteinander in zwei Gruppen ihre jeweiligen Felder der Fachexpertise. Sie formulierten Themen, zu denen sie sich Kooperationspartner wünschen. Dabei wurden auch Erwartungen und mögliche Herausforderungen diskutiert. In einem **zweiten Schritt** wurden die Expertise und Austauschwünsche beider Seite miteinander abgeglichen und Schnittstellen identifiziert. Besonderes Interesse auf beiden Seiten bestand für internetbasierte Methoden der Bürgerbeteiligung im Rahmen des Bürgerhaushaltsverfahrens. Folgende mögliche inhaltliche Kooperationsfelder wurden schwerpunktmäßig benannt:

Bedarfe für Fachexpertise in palästinensischen Kommunen

- Praxis der Bürgerbeteiligung, insbesondere Online-Methoden (Gemeinden Ramallah, Illar, Dura, Sinjil und Zbouba)
- Bürgerbüros (Gemeinde Dura)
- Jugendbeteiligung (Gemeinde Sinjil)
- Bildung, Gesundheit, Infrastruktur (Gemeinde Beit Furik)

Vorhandene und gesuchte Fachexpertise unter den deutschen und palästinensischen Teilnehmenden

- Methodik der Bürgerbeteiligung und der Bürgerhaushalte:
 - Online-Umfragen
 - Online-Voting
 - Internetdialog und Kommentierungsverfahren
 - Open-Data-Anwendungen
- Jugendbeteiligung
- Gender Budgeting
- Gesetzeskonsultationen
- Neues Kommunales Finanzwesen/Neues Steuerungsmodell



AG 3: Die palästinensische Delegation

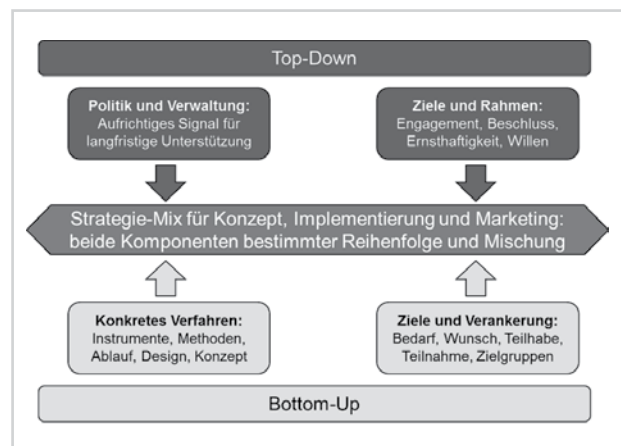
Alle Gemeinden sind darüber hinaus auch an Städtepartnerschaften mit deutschen Kommunen interessiert. Es wurde auch auf bestehende **erfolgreiche Austauschnetzwerke** wie das Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie oder das Netzwerk Bürgerbeteiligung

hingewiesen und das Angebot der SKEW von Engagement Global, die als Plattform für Erfahrungsaustausch auch konkrete Unterstützung für kooperationsinteressierte Partner und Gemeinden anbietet.

Arbeitsgruppe 4: Konzeptionelle Entwicklung eines Bürgerhaushaltes unter Beteiligung der Bürgerschaft am Beispiel der Stadt Emden

Input: Volker Grendel (Stadt Emden)

Die Stadt Emden entwickelte ein Konzept für den Bürgerhaushalt im Rahmen eines berufs begleitenden Masterstudiengangs unter Beteiligung der Bürgerschaft. Hierfür wurde die Bürgerschaft in Form einer Planungszelle zur Vorbereitung einer quantitativen „repräsentativen“ Befragung der Bürgerschaft (2013) einbezogen. Diese gemeinsam entwickelte schriftliche Befragung sollte die typische klassische Top-Down-Entwicklungsstrategie aufbrechen und um einen bürgerschaftlich geprägten Teil ergänzen, um zu einem ausgewogenen Strategie-Mix für das Konzept, die Implementierung und das Marketing zu gelangen. Ein Flyer mit einer allgemeinen Beschreibung von Bürgerhaushalten wurde erarbeitet, eine interaktive Webseite entwickelt und die Öffentlichkeit über eine Pressekonferenz und entsprechende Berichterstattung in den örtlichen Medien informiert, um die Bürgerinnen und Bürger inhaltlich auf die Befragung vorzubereiten.



In der praktischen Umsetzung ergaben sich jedoch schon bei der Zusammenstellung der Befragungsziele und -inhalte die ersten Schwierigkeiten. Macht eine Befragung zur Einführung eines Bürgerhaushaltes überhaupt Sinn, wenn das Instrument noch gar nicht bekannt ist? Wieviel (Bürger-)beteiligung ist bei der Konzeptionierung von Beteiligungsverfahren möglich und sinnvoll und welche Methoden können (auch unter dem Anspruch der Repräsentativität) angewendet werden? In der anschließenden Diskussion beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Frage, wie eine „Beteiligung an der Beteiligung“ aussehen könnte.

Abschließend stand die Frage im Raum, ob der beschriebene Meta-Blick auf ein Verfahren überhaupt hergestellt werden kann. Dabei hoben die Teilnehmenden die Wichtigkeit einer **konkretisierten und lernenden Strategie** auf der Basis einer Vision und unter Einbeziehung aller Akteure hervor.

Vorab: Umfeldanalyse	Methoden	Nachträglich
<ul style="list-style-type: none"> • Vorhandendes Engagement analysieren und einbeziehen • Neues Engagementpotenzial und Stakeholder identifizieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerbefragung (nach der Beteiligung) • orkshops • Gremien/Beirat (beteiligungsbegleitend) 	<ul style="list-style-type: none"> • Evaluation über Inhalte und Verfahren (wiederkehrend), z. B. durch (aktivierende) Befragungen
Metablick – Vision – Strategie Bürgerkommune		

7. Abschluss und Ausblick auf das nächste Treffen

Nach den zwei Tagen wurden die Teilnehmenden dazu eingeladen, ihr Fazit und ihre Perspektiven für die Zukunft im Plenum zu teilen.

- „Wenn der politische Wille nicht da ist, dann können Bürgerhaushalte nicht funktionieren!“
- „Die Diversität des Konzeptes der Bürgerhaushalte steigt; die Spannung die es ausübt, ebenso.“
- „Wir starten die Version 2.0!“
- „Eine Idee für das Jahr 2015 wäre ein Film, der die Komplexität von Kommunalhaushalten für den Hintergrund von Bürgerhaushalten grundsätzlich erklärt.“
- „Eine Bürgerschaft wäre toll, die versteht, wie sich mit vorhandenen Finanzmitteln das Optimalere herausholen lässt und nichts verschwendet wird. Dafür ließe sich auch der Begriff ‚Entschwendung‘ einführen.“
- „Wir sollten alle die Fehler, Erfahrungen und Herausforderungen nutzen, um daraus zu lernen, wertvolle Anregungen zu bekommen, und um dadurch den Blick in die Zukunft zu schärfen.“
- „Bürgerhaushalte haben nur dann eine Chance, wenn die Bürgerkommune verstanden und von der Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gelebt wird.“
- „Wir sollten uns nochmal treffen und mit diesem bestehenden Impuls ins nächste Netzwerktreffen gehen, so dass wir mit konkreteren Fragestellungen reingehen können, damit wir im Rahmen der Gestaltungsspielräume auch noch mehr agieren und mitnehmen können.“

Svetlana Alenitskaya bedankte sich im Namen der Bundeszentrale für politische Bildung und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei den Gästen und Teilnehmenden. Das Netzwerk lebe von diesem aktiven Austausch. Sie hofft, dass jede und jeder mit interessanten Anregungen nach Hause fahre und bedankt sich für die geteilten Erfahrungen. Sie lädt dazu ein, weitere Erfahrungen auf der Internetseite www.buergerhaushalt.org zu teilen.

Im Netzwerk Bürgerhaushalt sind rund 300 Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalverwaltung, Wissenschaft und Praxis aktiv.



Abschlussrunde des Netzwerktreffens

„Ich hoffe, dass der Austausch weitergeht und freue mich auf neue Ideen.“

„Für mich war die Veranstaltung ehrlich, aber die große Perspektive fehlt mir noch. Ich bin etwas nachdenklich.“

„Ich bin froh, hier unter Gleichgesinnten zu sein, was bei mir zu Hause nicht der Fall ist.“

8. Anhang

Programm

10. Netzwerktreffen Bürgerhaushalt

1. und 2. Oktober 2014

Darmstadtium, Schloßgraben 1, 64283 Darmstadt

Mittwoch, den 1. Oktober 2014

bis 11:30 Uhr	Ankunft und kleiner Steh-Imbiss
11:30 Uhr	Begrüßung Einführung in Programm (SKEW und bpb)
11:40 - 12:00 Uhr	Begrüßung durch den Oberbürgermeister von Darmstadt Jochen Partsch und Blitzlicht zum Thema Bürgerhaushalt in Darmstadt: Erfahrungen, Chancen und Risiken
12.00 - 12:30 Uhr	Streitgespräch mit Imke Jung Kroh und Johannes Fulgraff: 10-Jahresbilanz Bürger- und Beteiligungshaushalt: Kritischer Rückblick vor dem Hintergrund der Partizipationsbestrebungen in Deutschland: Wie geht es weiter?
12:30 - 13:00 Uhr	Diskussion im Plenum
13:00 - 14:00 Uhr	Mittagessen
14:00 - 17:00 Uhr (inkl. Kaffeepause)	Vorstellung der AGs und Einteilung der AGs AG 1: Zehn Jahre Bürger- und Beteiligungshaushalte in Deutschland: Was hat es den Kommunen gebracht? (Reiner Michaelis) AG 2 und 3: Wie werden Bürgerhaushalte zu informativen, kommunikativen und kooperativen Beteiligungsverfahren? (Thomas Ködelpeter, Heinrich Schneider, Theresa Steffens und Imke Jung-Kroh) <ul style="list-style-type: none">• Inklusive Bürgerhaushalte und was dazu gehört• Aktives Mitgestalten und kollektives Lernen als Grundlage gelingender Bürgerhaushaltsverfahren AG 4: Bürgerhaushalte und Qualitätsstandards guter Beteiligung (Hanns-Jörg Sippel, Stiftung Mitarbeit) AG 5: Der Bürgerhaushalt ist tot... Es lebe der Bürgerhaushalt?! – ein Workshop zur Neuerfindung der Bürgerbeteiligung am kommunalen Haushalt (Julian Emert, Michelle Ruesch) AG 6: Das Mühlheimer Modell (Michael Schneider, Christoph Okpue)
17:00 - 18.00 Uhr	Marktplatz der Ergebnisse
18:00 - 18:15 Uhr	Pause und Gruppenfoto
18:15 – 19:15 Uhr	Gemeinsames Abendessen
19:15-20:00 Uhr	Filmprogramm: „A Quiet Revolution“ – Bürger- und Beteiligungshaushalte in internationaler Perspektive

Donnerstag, den 2. Oktober 2014

09:00 - 9:15 Uhr	Einführung in den Tag
09:15 - 10:15 Uhr	Präsentation eines Fallbeispiels: Bürgerhaushalte in Palästina (Local Governance Programme, GIZ Palästina)
10:15 - 12:00 Uhr inkl. Kaffeepause	Vorstellung der AGs und Einteilung der AGs AG 1: Möglichkeiten und Grenzen des internationalen Austausches – das Beispiel Peru und Erfahrungen aus dem ASA-Kommunal Projekt Berlin Köpenick - Cajamarca zum Thema BHH (Norbert Hölcker, Francisco Cardenas Ruiz, Janina Dutois) AG 2: Mögliche Szenarien für Bürgerhaushalt-Prozesse in Deutschland: ein Blick in die Zukunft (Anja Söger) AG 3: Potenziale für die Kooperation und den Austausch zwischen deutschen und palästinensischen Kommunen zum Thema Bürger- und Beteiligungshaushalt (Local Governance Programme, GIZ Palästina)
12:00 – 12:45 Uhr	Kurzpräsentationen und Zusammenfassung im Plenum
12:45 - 13:00 Uhr	Sammeln der Ideen fürs nächste Jahr und Auswertung
13:00 Uhr	Mittagessen und Abreise

Teilnehmendenliste

Nachname	Vorname	Organisation
Abdel Fatah	Dana	GIZ
Alenitskaya	Svetlana	Bundeszentrale für politische Bildung
Behrendt	Jürgen	Stadt Köln
Brehme	Marco	Goethe-Universität Frankfurt
Bruch	Joachim	
Bürger	Christian	Engagement Global
Cárdenas Ruiz	Francisco	Infostelle Peru
Del Lama Soares	Fernanda	Engagement Global
Döbel	Reinald	Beirat Bürgerhaushalt Münster
Dutois	Janina	
Eismann	Doreen	Engagement Global
Fahrnländer	Malte	
Feuerstein	Norbert	Dolmetschdienst Leinenbach
Fulgraff	Johannes	SFP Bonn
Ghneim	Suleiman F. S.	Ramallah Kommune
Grendel	Volker	Stadt Emden
Gröber	Silvia	Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Günther	Sabine	Stadt Chemnitz
Hanani	Aref Ma'rouf Abedalfattah	Beit Fourik Kommune

Nachname	Vorname	Organisation
Hentschel	Kristin	GIZ
Heß	Pamela	Goethe-Universität Frankfurt
Hesse	Jürgen	BBS / Ratsmitglied in Kommunalparlamenten
Hetkamp	Dirk	Stadt Wesel
Hölcker	Norbert	
Ibaideya	Mohammed I. M.	Zbouba Kommune
Jung-Kroh	Imke	Wissenschaftsstadt Darmstadt
Kächelein	Katharina	Stadt Maintal
Ködelpeter	Thomas	Ökologische Akademie e. V.
Kreutz	Tanja	Stadtverwaltung Köln
Kühnberger	Peter	
Lahmann	Dirk	Bundesstadt Bonn
Leinenbach	Bernd	Dolmetscher
Lengert	Lilia	Bezirksamt Lichtenberg von Berlin
Lilie	Cornelius	Bundeszentrale für politische Bildung
Löffler	Angelika	Stadt Flörsheim am Main
Lokaiczuk	Robert	wer denkt was GmbH
Loosen-Bach	Toni	Stadtverwaltung Trier
Lösch	Tatjana	Stadtverwaltung Worms
Magunia	Martin	Fotograf
Märker	Oliver	Zebralog
Metzendorf	Olivia	Stadt Maintal
Michaelis	Reiner	Magistrat der Stadt Groß-Umstadt
Nammoureh	Mohd. Samir H. M.	Dura Kommune
Okpue	Christoph	ontopica GmbH
Radayda	Shoukri A. H.	Ministerium für kommunale Verwaltung
Reick	Dorothee	Landeshauptstadt Stuttgart
Reinhardt	Ralf	Stadtverwaltung Jena
Reinhart	Martin	Landeshauptstadt Kiel
Remke	Rebecca	Engagement Global
Roeder	Eva	Dokumentation
Ruesch	Michelle	Zebralog
Schleider	Robert	Stadt Halle (Saale)
Schmidt	Gerald	Bürgerhaushalt Jena
Schneider	Heinrich	Arbeitskreis Stuttgarter Bürgerhaushalt
Schneider	Michael	Stadtverwaltung Mühlheim am Main
Seidel	Grit	Dolmetscher
Seidelmann	Petra	Stadt Mannheim
Shadid	Sufyan F. Q.	Illar Kommune
Söger	Anja	Moderatorin

Nachname	Vorname	Organisation
Solinski	Julia	
Steffens	Theresa	wer denkt was GmbH
Stepniak	Lars	Stadt Eberswalde
Stolzenberg	Philipp	Technische Universität Darmstadt
Stühlinger	Nicolas	NEOS Lab – Das offene Labor für neue Politik
Suid	Ayub Ahmad	Sinjel Kommune
Vaerst	Tobias	wer denkt was GmbH
Vorwerk	Volker	buergerwissen
Wagner	Mandy	
Wegmann	Jana	ehem. GIZ Mosambik Dezentralisierungsprogramm
Widmaier	Christa	
Wilhelmy	Stefan	Engagement Global

Glossar

AG.....Arbeitsgruppe

AK.....Arbeitskreis

bpb.....Bundeszentrale für politische Bildung

NGONicht-Regierungsorganisation

SKEWServicestelle Kommunen in der Einen Welt

Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit.

Hier finden Sie Verweise auf ausgewählte aktuelle Publikationen.

Dialog Global-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 32: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 - Dokumentation der zweiten Projektphase. Bonn, Juni 2014
- Nr. 31: Hauptstadt des Fairen Handels 2013. Dokumentation. Bonn, Dezember 2013
- Nr. 30: Engagiert und integriert: Afrikanische Diaspora und kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Bonn, September 2013
- Nr. 29: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 – Dokumentation der Pilotphase. Bonn, Mai 2013
- Nr. 28: Handreichung zur Kommunalen Entwicklungspolitik. Ein Theorie- und Praxisleitfaden. Bonn, Mai 2013
- Nr. 27: Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik 2012. Bonn, Februar 2012
- Nr. 26: Hauptstadt des Fairen Handels 2011. Dokumentation. Bonn, Dezember 2011
- Nr. 25: Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation, Studie, Bonn, Dezember 2010
- Nr. 24: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010
- Nr. 23: Fair Handeln in Kommunen. Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010
- Nr. 22: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010

Material-Schriftenreihe der Servicestelle:

- Nr. 66: 4. bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene, 2. April 2014. Bonn, Juli 2014

- Nr. 65: FACHTAG - Zusammenarbeit mit Migranten und europäischen Partnern in kommunalen Partnerschaften mit Afrika, Ludwigsburg, 26. April 2013. Bonn, Juni 2014
- Nr. 64: Drittes bundesweites Netzwerktreffen Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene am 7. Mai 2013. Bonn, März 2014
- Nr. 63: Zweite Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 24. bis 26. Oktober 2013, Ball-in-Stadt, Hamburg. Dokumentation. Bonn, März 2014
- Nr. 62: Pressespiegel 2013
- Nr. 61: Neuntes bundesweites Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. 19. und 20. September 2013. Dokumentation. Bonn, November 2013
- Nr. 24: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2013

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unser Profil. Bonn 2012
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle, Bonn 2013 [Deutsch, Englisch, Französisch, Portugiesisch, Spanisch]
- Kommunale Partnerschaften. Vernetzt in der globalisierten Welt. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 04/2013 von welt-sichten)
- Migranten als Brückenbauer. Das entwicklungs-politische Engagement von Migrantenorganisationen. Ein Dossier der Servicestelle in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 09/2013 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

ENGAGEMENT GLOBAL

Service für Entwicklungsinitiativen



Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen ist die Ansprechpartnerin in Deutschland für entwicklungspolitisches Engagement, deutschlandweit und international. Seit 1. Januar 2012 vereint Engagement Global unter ihrem Dach Initiativen und Programme, die sich in der entwicklungspolitischen Arbeit aktiv für ein gerechtes globales Miteinander einsetzen.

Mit Engagement Global gibt es erstmalig in Deutschland eine zentrale Anlaufstelle für die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements sowie der Informations- und Bildungsarbeit.

Engagement Global informiert zu aktuellen Projekten und Initiativen in Deutschland und weltweit, berät Einzelne und Gruppen zu entwicklungspolitischen Vorhaben und fördert diese finanziell. Sie qualifiziert bedarfsgerecht, verbindet Menschen und Institutionen miteinander, unterstützt zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement, private Träger und Einrichtungen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Kommunen, Lehrer und Schüler finden

- Information
- Beratung
- Weiterbildung
- Förderung
- Netzwerke

Engagement Global arbeitet im Auftrag der Bundesregierung und wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert. Mit dem Ministerium teilt Engagement Global das Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger für entwicklungspolitisches Engagement zu gewinnen.

Engagement Global ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH). Sie hat ihren Sitz in Bonn. Weitere Standorte sind Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Leipzig, Mainz und Stuttgart.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de
www.facebook.com/engagement-global
www.twitter.com/EngGlobal
Infotelefon 0800 188 7 188



ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • +49 228 20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen?

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partnern im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir, kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen, die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.

Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt, verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!



DEUTSCHER
LANDKREISTAG



Deutscher
Städtetag



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.



Stadt Köln



Landeshauptstadt
München



stadtwerfelskirchen
der richtige ort.



Auswärtiges Amt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



dbb
beamtenbund
und tarifunion



DGB



d.i.e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute



UNESCO
Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.



DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN



FORUM DER
KULTUREN
STUTTART E. V.



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Stadt Bonn, Stadt Dortmund, Main-Kinzig-Kreis, Stadt München, Stadt Wermelskirchen, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e. V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Beamtenbund, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Diözesanrat der Katholischen Kirche, Forum der Kulturen Stuttgart e. V., Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.